

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 15.05.2003 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm  
Stadtrat Dr. Küntzer  
Stadtrat Rank  
Stadtrat Schardt  
Stadträtin Schwab  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Straßberger  
Stadträtin Wallrapp  
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier  
Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab TOP 2)  
2. Bürgermeisterin Gold  
Stadtrat Heisel  
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene  
Stadtrat Jeschke  
Stadtrat Dr. Kröckel  
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Ley  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat Müller

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp (bis TOP 11)

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner

Dipl.-Ing. Lepelmann  
Stadtyugendpflegerin Elzenbeck (zu TOP 2)

Protokollführerin: Verwaltungsfachangestellte Kohlhepp

Entschuldigt fehlten:

Stadträtin Heisel  
Stadtrat May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

#### 1. Wiederwahl des Berufsmäßigen Stadtrates Jens Stoppel

1. Mit der Durchführung einer Wahl besteht Einverständnis.
2. Das Wahlergebnis wird wie folgt festgestellt:

19 Stimmen für Stoppel  
5 Stimmen ungültig  
2 Stimmen entfielen auf andere Bewerber

3. Es besteht Einverständnis, dass die Dienstaufwandsentschädigung für den Beamten auf Zeit wird auf den niedrigsten Betrag – z. Zt. 188,35 € - des jeweils geltenden Rahmen festgesetzt (Anlage 2 zum KWBG).

#### 2. Haus Schrankenstraße 35; Gemeinsame Nutzung durch Stadtjugendpflege und Prov. Bürgerzentrum

A) Oberbürgermeister Moser geht kurz auf die Situation ein und bittet anschl. um Abstimmung.

Stadtrat Müller bezieht sich auf ein Schreiben der Pfadfinder, in dem diese darauf hinweisen, dass mit der jetzigen Raumebelegung vom Bürgerzentrum e. V. nicht gewährleistet sei, dass sie wie gewohnt ihre Gruppenabende durchführen können. Er bringt seinen Ärger hierüber zum Ausdruck und möchte von Oberbürgermeister Moser eine Gewährleistung, dass die Pfadfinder wie gewohnt in der Schrankenstraße ihre Gruppenabende abhalten können.

Oberbürgermeister Moser weist jedoch darauf hin, dass die Pfadfinder Mitglieder im Verein Bürgerzentrum e. V. seien und deren Vorsitzende mit dieser Raumebelegung so einverstanden war. Sollte es da jetzt Probleme geben, müsse dies intern im Verein geklärt werden.

Jugendreferent Dr. Küntzer macht den Vorschlag, den Beschlussentwurf dahingehend zu verändern, dass die Pfadfinder – sollte im Haus Schrankenstr. 35 keine Lösung gefunden werden – Ersatzräumlichkeiten von der Stadt angeboten bekommen. Weiterhin bittet er darum, dass die Kosten für die Brandschutzmaßnahmen in keinem Falle vom Budget der Stadtjugendpflege abgehen sollten. Hierüber besteht Einverständnis.

2. Bgm.in Gold vertritt die Auffassung, dass das Problem der Räumlichkeiten innerhalb des Vereins geklärt werden müsse und nicht Aufgabe der Stadt sei.

**B) - Mit 27 : 0 Stimmen -**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen zu prüfen und einzuleiten.

3. Die Pfadfinder sollen nach Möglichkeit im Rahmen des Bürgerzentrums im Gebäude unterkommen. Sollte es Engpässe geben, bemüht sich die Verwaltung um weitere Räumlichkeiten.

### 3. Budgetabrechnungen 2002

#### A) a) Budgetabrechnungen der Städtischen Tourist-Information für das Haushaltsjahr 2002 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget für 2003

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget für den Betrieb der Tourist-Information im Haushaltsjahr 2002 werden auf das Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 80 % übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2003 bei folgender Haushaltsstelle berücksichtigt:

HSt. 0.7901.6540	Dienstreisen	485,84 €
------------------	--------------	----------

#### b) Budgetabrechnung VHS 2002

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

Die Budgetüberschreitung 2002 in Höhe von 2.049,68 € wird auf das Haushaltsjahr 2003 übertragen.

#### c) Budgetabrechnung Alte Synagoge 2002

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

Der erwirtschaftete Budgetüberschuss 2002 in Höhe von 15.725,40 € wird mit 80 % = 12.580,32 € auf das Haushaltsjahr 2003 übertragen.

#### d) Abrechnung des Musikschulbudgets für das Haushaltsjahr 2002; Übertragung nicht verbrauchter Mittel auf 2003

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. Die im Haushaltsjahr 2002 nicht verbrauchten Budgetmittel im Höhe von 9.738,13 € werden auf das Jahr 2003 zu 80 % übertragen und im Verwaltungshaushalt bei HSt. 3331.4140 (Angestelltenvergütungen) erneut bereitgestellt.
2. Die in 2002 nicht verbrauchten Sondermittel für Renovierungsmaßnahmen in Höhe von 4.608,27 € werden auf das Jahr 2003 übertragen und im Verwaltungshaushalt bei HSt. 3331.5020 (Unterhalt nichteigener Gebäude) in Höhe von 3.000 € sowie im Vermögenshaushalt bei HSt. 1.3331.9350 (Beleuchtungskörper) in Höhe von 1.608,27 € erneut bereitgestellt.

#### e) Grünanlagen und öffentliche Grünflächen

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

Die Stadtgärtnerei hat im ihrem Budget Grünanlagen 2002 einen Budgetüberschuss von 8.073 € erwirtschaftet.

Davon werden 80 % gleich 6.458,57 € in das Budget 5821 für das Jahr 2003 übertragen.

f) Budgetübertragung für die Stadtgärtnerei

**- Mit 27: 0 Stimmen –**

Die Stadtgärtnerei hat im ihrem Budget 2002 einen Budgetüberschuss von 3.800 € erwirtschaftet.

Davon werden 80 % gleich, 3.040,40 € in das Budget 5821 für das Jahr 2003 übertragen.

g) Budgetabrechnung der Stadtjugendpflege für das Haushaltsjahr 2002 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget für 2003

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. Vom Ergebnis der Budget-Abrechnung für den Bereich der Jugendarbeit (Unterabschnitte 4050 und 4607) wird Kenntnis genommen.

2. Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Bereich der Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2002 werden auf die Budgets der Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2003 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt 2003 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

0.4050.6319	Veranstaltungen Jugendarbeit	80 %	6.000,00 €
0.4606.6316	Veranstaltungen Anlaufstelle	80 %	5.616,94 €
0.4609.6790	Bauhofsleistungen für Treffs		8.356,72 €
1.4609.9320	Schaffung von Treffs		6.000,00 €

h) Abrechnung der TeilBudgets des Sachaufwands der Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft für das Haushaltsjahr 2002 und Übertragung der nicht verbrauchten Mittel bzw. Abzug der Fehlbeträge auf das Budget in 2003

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. Die entstandenen Fehlbeträge bzw. 80 % der nicht verbrauchten Mittel aus den Budgets 2002 für den schulischen Sachaufwand werden auf das Haushaltsjahr 2003 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2003 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

1) HSt. 0.2111.5770	Staatlich geförderte Lernmittel	+	260,83 €
2) HSt. 0.2112.5770	Staatlich geförderte Lernmittel	-	670,13 €
3) HSt. 0.2121.5780	Staatlich geförderte Lernmittel	-	3.013,36 €
4) HSt. 0.2122.5780	Staatlich geförderte Lernmittel	+	427,33 €

Auf Antrag der Schulleitung der Friedrich-Bernbeck-Schule vom 08.04.2003 wird die Budgetüberschreitung 2002 in Höhe von 4.650,07 € nicht auf das



Grundlage ist der Lageplan vom 15.4.2003.

5. Bestimmung der weiteren Mitglieder des Umlegungsausschusses

- Mit 27 : 0 Stimmen –

Mit Wirkung vom 01.05.2003 werden auf die Dauer von 3 Jahren folgende weitere Mitglieder in den Umlegungsausschuss der Stadt Kitzingen berufen:

4. Vermessungsdirektor *Dietmar Bott*
5. Berufsmäßiger Stadtrat *Jens Stoppel*
6. Berufsmäßiger Stadtrat *Volkhard Groß*
7. Architekt *Werner Schweser*

- |              |  |
|--------------|--|
| Vertreter zu | 4. Vermessungsobererrat <i>Hans Denk</i> |
|              | 5. z.Zt. nicht besetzt                   |
|              | 6. Dipl. Ing. <i>Klaus Lepelmann</i>     |
|              | 7. Architekt <i>Dieter Bilz</i>          |

6. Feststellung der Jahresrechnung 2002

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2002 der Stadt Kitzingen wird gemäß Art. 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	40.682.776,92 €
Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>10.253.207,71 €</u>
	<u>50.935.984,63 €</u>
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt	40.682.776,92 €
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>10.253.207,71 €</u>
	<u>50.935.984,63 €</u>
Fehlbetrag/Überschuss	<u>0,00 €</u>

Das Gremium nimmt hiervon ohne Einwendungen Kenntnis.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die Sitzung von 18.50 bis 18.59 Uhr.

7. Flächennutzungsplan (FNP) / Landschaftsplan (LSP) der Stadt Kitzingen

1. Hauptänderung mit Teilverfahren Nr. 16 – 18

- Ergebnis der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

sowie der nochmaligen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) i.d.Z. vom 06.02.2003 – 07.03.2003

A) Stellungnahme der Fraktionen

a) Stadtentwicklungsreferent

Stadtrat Schardt vertritt die Auffassung, diesen Flächennutzungs- und Landschaftsplan so umzusetzen.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein spricht im Namen der CSU ihre Zustimmung aus.

c) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel verkündet ebenfalls die Zustimmung seitens der SPD. Ihrer Meinung nach sei Eselsberg Süd notwendig für den weiteren Bau der Nordtangente.

- d) UsW-Stadtratsfraktion  
Stadtrat Müller erläutert, dass die UsW bei Nr. 16 Eselsberg Süd dagegen stimme, da hier Kosten nicht genau definiert bzw. nicht bekannt seien.
- e) FW-Stadtratsgruppe  
Stadtrat Haag gibt bekannt, dass sie gegen die Nr. 16 stimmen werden, wegen dem dort befindlichen Weinberg. Für die Nrn. 17 und 18 bestehe jedoch Zustimmung.
- f) KIK-Stadtratsgruppe  
Auch die KIK werde nach den Ausführungen von Stadtrat Popp gegen die Nr. 16 und für die Nrn. 17 und 18 stimmen.
- g) ÖDP-Stadtratsgruppe  
Stadträtin Schmidt vertritt ebenfalls die Auffassung der UsW und werde deswegen gegen Nr. 16 und für Nrn. 17 und 18 stimmen.

## B) - Mit 18 : 9 Stimmen –

### I. Teiländerung Nr. 16 „Eselsberg-Süd“

#### 1.2 Träger öffentlicher Belange mit Bedenken oder Anregungen

##### 1.2.1 Wehrbereichsverwaltung Süd (München)

Die Anregungen sind bereits bekannt und wurden in Erläuterungsbericht und Kartendarstellung (Fassung 27.01.2003) als Hinweis aufgenommen; die Planung bleibt daher unverändert.

##### 1.2.2 Landratsamt Kitzingen (Immissionsschutz)

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im evtl. sich anschließenden Bebauungsplanverfahren beachtet; die Planung bleibt unverändert.

##### 1.2.3 Bergamt Nordbayern (Bayreuth)

Im Zuge der bisherigen Erkundungen kam die Empfehlung der beauftragten Büros, in diesem Bereich eine weitere Bohrung niederzubringen. Die Stadt wird dies in Kürze durchführen lassen. Die Anregungen werden also berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

##### 1.2.4 Bahn AG – Niederlassung Süd (Nürnberg)

Die Stadt bleibt bei ihrer Stellungnahme die die Anregungen berücksichtigt bzw. diesen Rechnung trägt; die Planung bleibt unverändert.

##### 1.2.5 Landwirtschaftsamt Kitzingen

Die Stadt Kitzingen hat zu den gleichlautenden, damaligen Bedenken / Anregungen bereits Stellung genommen (s. Sitzungsvorlage vom 13.11.02 S. 9 und 10). Es sind keine neuen Gesichtspunkte dargelegt, sodass die Erwidern der Stadt ebenso wie die Planung unverändert bleibt.

##### 1.2.6 Bayer. Bauernverband (Würzburg)

Die Stadt Kitzingen hat zu den gleichlautenden, damaligen Bedenken / Anregungen bereits Stellung genommen (s. Sitzungsvorlage vom 13.11.02 S. 9 und 10). Es sind keine neuen Gesichtspunkte dargelegt, sodass die

Erwiderung der Stadt ebenso wie die Planung unverändert bleibt.

2. Private Bedenken oder Anregungen
- 2.1 Frau Hörner (Kitzingen) vertreten durch Rae Tratz und Kollegen (Kitzingen)

zu a – d:

Die Einwendungen sind inhaltlich bereits bekannt und wurden der Abwägung unterzogen (STR-Sitzung 19.12.02). Darüber hinaus ist festzuhalten, dass sie eher die Bebauungsplanebene betreffen, derzeit aber die Flächennutzungsplanebene im Verfahren ist, d.h. dass Nutzungsänderungen oder Neudarstellungen Privaten gegenüber nicht rechtsverbindlich oder verpflichtend sind.

Die geplante Änderung verletzt die Eigentümerin nicht in ihren Rechten und ist aus siedlungsstrukturellen Überlegungen (Arrondierung, Schaffung zentrumsnaher Wohnflächen) durchaus sinnvoll; die Planung bleibt daher unverändert.

zu e)

Aus dem oben Gesagten folgt zwangsläufig, dass die Eigentümerin auch nicht ihren verfassungsmäßigen Rechten verletzt sein kann; die Planung bleibt unverändert.

zu f)

Die Bedarfsfrage kann nicht willkürlich bzw. beliebig im Stadtgebiet verortet werden. Fest steht, dass Bedarf nach verfügbarem Bauland und auch Nachfrage an diesem Standort vorhanden ist, wobei sich die Stadt um weitestgehende Schonung der Rebflächen bemüht. Die Bedenken sind also soweit als möglich berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

**B) - Mit 27 : 0 Stimmen –**

II. Teiländerung Nr. 17 „Nördl. der Großlangheimer Straße“

- 1.1. Träger öffentlicher Belange mit Bedenken oder Anregungen
  - 1.2.1 Wehrbereichsverwaltung Süd (München)  
gleichlautend I.1.2.1
  - 1.2.2 Landratsamt Kitzingen (Immissionsschutz)  
Die Anregungen sind bekannt und werden im anschließenden Bebauungsplanverfahren beachtet; die Planung bleibt unverändert.
  - 1.2.3 Amt für Landwirtschaft (Kitzingen)  
Aufgrund des unabweisbaren Bedarfs bzw. nicht verkäuflicher privater Gewerbeflächen muss die Stadt weitere Flächen ausweisen; die Planung bleibt daher unverändert.
  - 1.2.4 Direktion für ländl. Entwicklung  
Der Hinweis ist bereits bekannt und wird beachtet; die Planung bleibt unverändert.
  - 1.2.5 Bund Naturschutz  
Die dargestellten Probleme sind der Stadt bekannt, können jedoch

aufgrund des unabwiesbaren Bedarfs (s. Erläuterungsbericht) nicht zum Ausweisungsverzicht führen. Um die Beeinträchtigung auf Natur, Landschaft und Wasserhaushalt zu minimieren, werden entsprechende Festsetzungen getroffen werden (Grünordnungsplan, Regenrückhaltung u.ä.). Daneben wird insbesondere durch die geänderte Verkehrsführung ein deutlich geringer Landschaftsverbrauch und Eingriff angestrebt. Die Bedenken sind also soweit als möglich berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

#### 1.2.6 Bahn AG (Nürnberg)

Die Stadt sieht trotz der Stellungnahme vom 03.03.2003 keine neuen Gesichtspunkte, die zur Änderung der Planung führen könnten. Nachdem bis dato keine Informationen zu potentiellen Betreibern u.ä. vorliegen, wird die Stadt über den Straßenbaulastträger (Obere Baubehörde) in kürze den erforderlichen Ausnahmeantrag stellen (neuer, höhengleicher Übergang).

Da dies die einzig mögliche und wirtschaftliche Anbindung des geplanten Gewerbegebiets an das übergeordnete Straßennetz darstellt, bleibt die Planung unverändert.

#### 2.0 Private Bedenken oder Anregungen

##### 2.1 Herr M. Pfnausch, Kitzingen

zu a + b)

Die Stadt hat in der jüngsten Vergangenheit mehrere Anschlussvarianten für die Anbindung des geplanten Gewerbegebiets erarbeitet, die jedoch auf die Ablehnung des Straßenbauamts Würzburg stießen. Der erst im Spätjahr 2002 zustande gekommene Kompromiss sieht eine Anbindung nach Süden auf die ST 2272 vor, nachdem die Erschließung von der ST 2271 kategorisch abgelehnt wurde. Die Vermutung, diese Pläne gäbe es seit 1993, ist nicht zutreffend und muss deshalb zurückgewiesen werden. Die jetzt erst abgestimmte Planung bleibt daher unverändert.

zu c)

Den Antrag auf zusätzliche Darstellung von Gewerbeflächen (24.06.2002) hat der Stadtrat am 19.12.2002 aufgrund städtebaulicher naturschutzrechtlicher und straßenrechtlicher Probleme abgelehnt. Die Annahme falscher Voraussetzungen bei der „Wunschverhandlung DLE“ hat die Stadt nicht zu verantworten. In Vorgesprächen wurde immer wieder auf die Problematik des Gebietsanschlusses bzw. die notwendige Zustimmung des Straßenbauamtes hingewiesen, sodass andere Planfassungen immer unter Vorbehalt standen; die Planung bleibt unverändert.

zu d)

Hierzu wird nochmals festgestellt, dass Einzelheiten zu Umfang und Art des „Rückbaus“ der ST 2272 (alt) erst im folgenden Bebauungsplanverfahren geklärt werden können. Dabei ist jedoch bereits jetzt klar, dass vorhandene Leitungsstraßen möglichst erhalten und zur Erschließung des neuen Gewerbegebietes herangezogen werden. Die Bedenken sind daher zum jetzigen Zeitpunkt soweit als möglich berücksichtigt; die Planung bleibt unverändert.

### III. Teiländerung Nr. 18 „Erweiterung Goldberg“



- Teiländerungsverfahren Nr. 17 „Nördl. der Großlangheimer Straße“
  - anstelle „Landwirtschaftlicher Flächen“ werden „Gewerbeflächen“ und die umgeplante Anbindung der Nordtangente an ST 2271 und ST 2272 dargestellt.
- Teiländerungsverfahren Nr. 18 „Erweiterung Goldberg“
  - anstelle „Landwirtschaftlicher Flächen“ werden „Gewerbeflächen“ sowie „Flächen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ dargestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die o.a. Teiländerungsverfahren gem. § 6 BauGB der Regierung von Unterfranken zur Genehmigung vorzulegen.

#### 8. Fa. Tiefenbacher; Vertragserfüllung; Ausweisung 8 zusätzlicher Standorte für Werbetafeln

A) Oberbürgermeister Moser erinnert kurz an die Finanzausschuss-Sitzung letzte Woche und an den fehlenden 8. Standort. Als Vorschlag der Verwaltung käme hierfür die Panzerstraße – Einmündung Max-Planck-Straße in Betracht.

Stadtrat Müller hält den Standort für gut, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Sicht zum Radweg und die bestehende Reklame der Firmen nicht durch die Tafel verdeckt werden dürfe.

Stadträtin Wallrapp möchte bis zur nächsten Sitzung nichtöffentlich geklärt haben, ob gemäß des Vertrages Punkt 4 in Kitzingen eine Betriebsstätte der Fa. Tiefenbacher eingerichtet wurde. Weiterhin erinnert sie an den Punkt 5 in dem erläutert sei, dass die Stadt Kitzingen und ihre Einrichtungen kostenlos Bekanntmachungen etc. anschlagen dürfen. Sie bittet dies den Ämtern und Sachgebieten sowie auch den Organisationen in Kitzingen mitzuteilen, so dass diese Möglichkeit auch genutzt werde. Ebenso hat sich die Fa. Tiefenbacher verpflichtet an allen 564 Stellen in Unterfranken 14 Tage kostenlos eine Plakatierung durchzuführen. Hier bittet Sie speziell das Weinfest bekanntzumachen.

Oberbürgermeister Moser sagt eine Überprüfung hinsichtlich der Betriebsstätte zu.

Stadtrat Müller möchte noch wissen was geschieht, wenn die Fa. Tiefenbacher keine Betriebsstätte in Kitzingen eingerichtet habe. Auch hier sagt Oberbürgermeister Moser eine Prüfung zu.

#### B) - Mit 27 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen
2. Es besteht Einverständnis, der Fa. Tiefenbacher folgende 8 Standorte zur Verfügung zu stellen (s. Sachvortrag):
  - Nr. 11 – Repperndorfer Straße nh. 4 a –
  - Nr. 17 – Siegfried-Wilke-Straße, Bush. gg. Alemannenstraße
  - Nr. 20 – Jahnstr. gg. 5
  - Nr. 40 – Mainbernheimer Str., Bush. nh. / Königsberger Straße
  - Nr. 42 – Mainbernheimer Str., Bush. nh. / Böhmerwaldstraße
  - Nr. 59 – Repperndorfer Straße, Ausfahrt Shell-Tankstelle
  - Nr. 61 – Repperndorfer Straße gg. 8b

- Panzerstraße – Einmündung Max-Planck-Straße

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die ausgewählten Varianten das Genehmigungsverfahren durchzuführen

9. Dorferneuerung Repperndorf; Vereinbarung mit DLE; Eisgasse – An der Weth

A) Oberbürgermeister Moser erläutert noch mal kurz den Sachverhalt.

Stadtrat Haag appelliert an das Gremium, auch das Teilstück „An der Bleiche“ im Zuge der Dorferneuerung mit zu erneuern. Es handle sich hierbei lediglich um 200 Meter. Der Rest der Strecke von Kitzingen kommend wurde bereits vor 4 Jahren saniert.

Stadtrat Müller stellt den Antrag über die einzelnen Maßnahmen der Dorferneuerung getrennt abzustimmen.

B) Stellungnahmen der Fraktionen

a) Stadtentwicklungsreferent

Stadtrat Schardt gibt seine Zustimmung.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein spricht im Namen der CSU für die Dorferneuerung, der Feldwegeausbau solle jedoch nicht in diesem Rahmen mitgemacht werden.

c) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel gibt im Namen der SPD die Zustimmung zu Punkt 2.1 (Eisgasse – An der Weth)

d) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Müller äußert sich im Namen der UsW zustimmend für Punkt 2.2 (incl. An der Bleiche) und stellt den Antrag die Maßnahmen getrennt abzustimmen.

e) FW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Haag teilt für die FW die Auffassung der UsW.

f) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Popp spricht sich für 2.1 aus.

g) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt vertritt ebenfalls Punkt 2.1

C) - **Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung SG 61 – wird Kenntnis genommen

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die vorliegende Vereinbarung zur Realisierung der Dorferneuerungsmaßnahmen

a) Kirchenvorplatz / Eisgasse (Kosten: 155.000 €, städt. Anteil 86.800 €)

abzuschließen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtrat über den Fortgang der Umsetzung bei Bedarf zu informieren.

D) - **Mit 27 : 0 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung SG 61 – wird Kenntnis genommen

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die vorliegende Vereinbarung zur Realisierung der Dorferneuerungsmaßnahmen

- b) Dorfplatz Weth (Kosten: 121.000 €, städt. Anteil 67.760 €)

abzuschließen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtrat über den Fortgang der Umsetzung bei Bedarf zu informieren.

**E) - Mit 20 : 7 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung SG 61 – wird Kenntnis genommen

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die vorliegende Vereinbarung zur Realisierung der Dorferneuerungsmaßnahmen

- a) Kirchenvorplatz / Eisgasse (Kosten: 155.000 €, städt. Anteil 86.800 €)  
 b) Dorfplatz Weth (Kosten: 121.000 €, städt. Anteil 67.760 €)

abzuschließen. Die Stadt beteiligt sich nicht am Feldwegausbau „An der Bleiche“. Erforderliche Haushaltsmittel stehen bei der HHSt. 6370.9582 in 2003 und 2004 bereit.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtrat über den Fortgang der Umsetzung bei Bedarf zu informieren.

10. Antrag der Stiftung „Deutsches Fastnachtmuseum“ auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses

**- Mit 27 : 0 Stimmen –**

Dem Antrag der öffentlichen Stiftung „Deutsches Fastnachtmuseum“ vom 24.02.2003 auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 5.100 € auf 6.100 € wird stattgegeben.

11. Änderung der Stellplätze (befristete Genehmigung), Änderung der Betriebsbeschreibung zur Nutzung Glasgewächshaus, Errichtung eines Spielplatzes, Gartenstr. 1 (Fl.Nr. 6767) sowie Richthofenstraße (Fl.Nr. 6763/2 Gemarkung Etwashausen)

A) Dipl. Ing. Lepelmann erläutert ausführlich den Sachverhalt bezüglich des Lärmpegels und weist gleichzeitig darauf hin, dass es sich bei dem im Sachvortrag genannten „Biergarten“ tatsächlich um einen „Wirtsgarten“ handelt.

Stadtrat Heisel vertritt die Auffassung, dass heute nicht darüber abgestimmt werden könne, wenn die Sitzungsvorlage nicht korrekt sei.

Oberbürgermeister Moser macht den Vorschlag, die Vorlage zurückzuziehen und ausgebessert erneut vorzulegen.

2. Bgm.in Gold fragt nach, warum in dieser Angelegenheit die Lärmpegel zusammengezählt wurden. Bei der Schießanlage war ihrer Meinung nach eine andere Handhabung. Sie bittet dies noch mal zu prüfen.

Es entsteht eine Diskussion bezüglich der Lärmpegel, an der sich nahezu alle Stadträte beteiligen.

Stadtrat Schardt stellt als Stadtentwicklungsreferent den Antrag, das Schallschutzgutachten auf Kosten der Stadt neu überprüfen zu lassen.

Stadtrat Weiglein möchte bis zur nächsten Beratung die Eingabedaten vom Ingenieurbüro. Er möchte hierbei vergleichen, ob bei der Festlegung von einem MI-Gebiet ausgegangen wurde. Sobald ein WA-Gebiet daraus werde, müsste alles noch mal neu überprüft werden. Dipl.-Ing. Lepelmann erwidert, dass ihm diese Daten vorliegen, das Gutachten sei von einem MI-Gebiet ausgegangen.

## 12. Information bezüglich des aufgestellten Kühlcontainer bei H. Hartner

Dipl. Ing. Lepelmann erklärt, dass Herr Hartner ohne Genehmigung einen Kühlcontainer aufgestellt habe. Die Verwaltung habe ihn danach aufgefordert, einen Antrag abzugeben. Dies sei nicht geschehen. Daraufhin wurde gefordert, den Kühlcontainer sofort zu entfernen. Auch dieser Aufforderung kam Herr Hartner nicht nach.

Stadträtin Wallrapp macht darauf aufmerksam, dass ab 16. Mai Klavierfestival bei der Fa. Seiler und der Lärm des Kühlcontainers störend sei. Sie möchte gewährleistet haben, dass in dieser Zeit das Gerät abgestellt werde.

## 13 Ritterstraße 20, Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

A) Oberbürgermeister Moser begrüßt die nochmals anwesenden Herren Stürzenhofecker und Hertel, die das Konzept Ritterstraße 20 nochmals vorstellen.

### B) Stellungnahmen der Fraktionen

#### a) Stadtentwicklungsreferent

Stadtrat Schardt befürwortet den Vorschlag der Verwaltung.

#### b) Fremdenverkehrsreferentin

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass dies eine Zukunftsperspektive für die Stadt sei, die unbedingt angegangen werden solle.

#### c) CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Weiglein verkündet die Zustimmung der CSU.

#### d) SPD-Stadtratsfraktion

Stadtrat Heisel bringt ebenso die Zustimmung der SPD zum Ausdruck.

#### e) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Müller bekundet ebenfalls Zustimmung von Seiten der UsW.

#### f) FW-Stadtratsgruppe

Auch die FW gibt ihre Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben.

#### g) KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Konrad möchte vorab wissen, wer die Betreibermodelle erarbeiten solle.

Oberbürgermeister Moser erwidert darauf hin, dass dies noch bestimmt werde.

Weiterhin möchte Stadtrat Popp wissen, wie hoch sich die Kosten belaufen. So lange dies noch nicht geklärt sei, werde die KIK nicht zustimmen.

#### h) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt vertritt die Auffassung, dass erst im Vorfeld die Betreibermodelle hätten erarbeitet werden müssen. Aus Ihrer jetzigen Sicht kann sie keine Zustimmung erteilen.

**C) - Mit 24 : 2 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen

2.1. Das Arch. Büro Stürzenhofecker Kitzingen erhält den Auftrag Um- und Neubau Ritterstraße 20 auf der Grundlage des Vorentwurfs vom Januar 2002 eine Entwurfsplanung (Leistungsphasen 1 mit 3) und eine Kostenschätzung nach DIN 276 zu erarbeiten.

Der Honorarrahmen beträgt max. 32.500,00 € incl. MwSt. gem. Angebot vom 29.04.2003.

2.2. Die Verwaltung hat parallel zu 2.1. ein Betreibermodell zu erarbeiten.

14. von-Deuster-Gelände; Information

Vom Sachvortrag der Stadtverwaltung wird Kenntnis genommen.

Das Büro Magar – Herr Hansel – wird in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.05.03 die Ergebnisse der Untersuchungen vortragen.

15. Dreifachturnhalle Sickergrund; Erneuerung der Heizungsanlage

**- Mit 26 : 0 Stimmen –**

1.) Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2.) Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der LKW, ob und zu welchen Bedingungen ein Betreibermodell für die gesamte Heizungsanlage gefunden werden kann. Das Ergebnis ist dem Stadtrat vorzulegen.

16. Forderung des Bayer. Gemeindetages

A) **- Mit 26 : 0 Stimmen –**

Die Stadt Kitzingen unterstützt die Forderungen des Bayer. Gemeindetages.

B) Oberbürgermeister Moser gibt den Termin der Demonstration des Bayer. Gemeindetages bekannt. Abfahrt ist am 21.05 2003 um 10.00 Uhr. Er bittet interessierte Stadträte sich vorher anzumelden.

17. Hinweise von Oberbürgermeister Moser

Oberbürgermeister Moser weist auf eine Pressemitteilung des TV Touring bezüglich der Veranstaltung am 05. Juli 2003 hin, die jedem Stadtrat als Tischvorlage vorliege.

Weiterhin erinnert er an den Museumstag, der am kommenden Sonntag stattfindet.

18. Frage von Stadträtin Schmidt

Stadträtin Schmidt möchte wissen, warum das Thema „Horrräume“ heute nicht mehr im Stadtrat behandelt werde.

Oberbürgermeister Moser erinnert, dass dies nur eine Information gewesen sei, die einvernehmlich im Finanzausschuss behandelt wurde und nicht mehr in den Stadtrat müsse.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.01 Uhr.

Oberbürgermeister  
gez.  
Moser

gez.

Protokollführerin  
Kohlhepp